



Staatlicher Machtmissbrauch durch Pseudo-Kinderrechte



Im Mai 2021 soll der neue „Kinderrechte“-Gesetzentwurf der Bundesregierung endgültig zur Abstimmung kommen. Das Aktionsbündnis DemoFürAlle warnt davor, dass die Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz zwangsläufig eine veränderte Rechtsprechung nach sich ziehen würde – zum Nachteil der Eltern und damit auch der Kinder.

Die Bundesregierung plant einen erneuten Vorstoß zur Verankerung sogenannter „Kinderrechte“ im Grundgesetz. Dies sei laut dem Aktionsbündnis Demo für alle überflüssig, weil Kindern ohnehin die gleichen verfassungsmäßigen Grundrechte, wie das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit zukommen, wie allen anderen Menschen auch. Es sei laut Demo für alle sogar in höchstem Maße gefährlich für das natürliche Erziehungsrecht der Eltern. Mit dem neuen Kinderrecht handle es sich nämlich um ein Zugriffsrecht des Staates, d.h. die Entrechtung der Eltern zugunsten des Staates. Er würde dann bei der Erziehung den Ton angeben und könnte als vorgeblicher „Anwalt“ der Kinder bestimmte, von ihm willkürlich definierte Ziele, als „Rechte der Kinder“ getarnt, gegen die Überzeugung der Eltern durchsetzen. Das könnte z.B. ein „Recht auf Impfschutz“ sein, um eine allgemeine Zwangsimpfung durchzusetzen. Oder ein „Recht auf frühkindliche Bildung“ zur Aufrichtung einer Kinderkrippenpflicht nach dem Muster des ehemaligen Ostblocks. Oder ein „Recht auf weltoffene Ideologien“ als Steigbügelhalter der Genderdoktrin mit dem Ziel der Auflösung aller gewachsenen familiären Strukturen. Doch tritt hier nicht das alte totalitäre Ansinnen des Staates zum Vorschein, sich die Macht über die Kinder zu sichern? Und muss man dem nicht sehr entschlossen den Riegel vorschieben?!

Das Aktionsbündnis DemoFürAlle ruft daher Eltern, Großeltern und auch Pädagogen dringend dazu auf, erneut aktiv zu werden, um die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag zu verhindern. Appellieren Sie deshalb an Ihre Abgeordneten, beim Ausverkauf elementarster Grundrechte nicht mitzuspielen und den „Kinderrechten“ die Zustimmung zu verweigern. Machen Sie ganz klar, dass Sie Ihre Wahlentscheidung bei der bevorstehenden Bundestagswahl maßgeblich von der „Kinderrechte“-Frage abhängig machen werden. Die Abgeordneten müssen merken, dass den Bürgern dieses Thema sehr ernst ist. Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises wurden unter dem eingeblendeten Link bereits recherchiert. Falls Sie noch weitere Argumente gegen den sogenannten „Kinderrechte“-Entwurf der Regierung nachlesen möchten, empfehlen wir folgende eingeblendete weiterführende Informationen.

von be

Quellen:

„Kinderrechte“ als getarntes Machtmittel:
<https://demofueralle.de/2021/01/28/sechs-gruende-warum-der-kinderrechtekompromiss-der-bundesregierung-sehr-gefaehrlich-ist/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Restjustiz - www.kla.tv/Restjustiz

#Kinderrechte - versus Elternrechtung ... - www.kla.tv/Kinderrechte

#Deutschland - www.kla.tv/deutschland

Klagemauer TV - Die anderen Nachrichten ... frei - unabhängig - unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich !

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News
per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo**

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien des Westens berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Klagemauer.tv zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz: Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden.
Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.

